

Stadtvertretung Lütjenburg

22. Sitzung

Sitzung vom 20.07.2017

Seite 161

im Rathaus, Ratssaal

Für diese Sitzung enthalten die Seiten 163 bis 165
Verhandlungsniederschriften und Beschlüsse.

Beginn: 20.08 Uhr

Ende: 20.55 Uhr

(Unterschrift)

Anwesend:

Gesetzl. Mitgliederzahl: 19

a) stimmberechtigt:

1. BV Siegfried Klaus	16. Rolf-Hagen Weng
2. Andrea Danker-Isemer	17. Jutta Zillmann
3. Thorsten Först	18. Detlev Zoglauer
4. Klaus Giesche	19.
5. Thomas Hansen	
6. Christoph Heyden	b) nicht stimmberechtigt
7. Traudl Holst	1. Bürgermeister Dirk Sohn
8. Birgit Laskowsky	2. Herr Leyk / Stadtreferent
9. Kerstin Panitzki	3. Herren Kuhlmann, Knobloch / Seniorenbeirat
10. Jürgen Panitzki	4. Herr Less, Amt Lütjenburg
11. Anke Pundt-Bernatzki	5.
12. Christel Seick	6.
13. Winfried Seick	7.
14. Ute Treder Behrens	8.
15. Eckhard Voß	

Es fehlten:

a) entschuldigt:	b) unentschuldigt:
1. Renate Wertz	
2.	
3.	

Die Mitglieder der Stadtvertretung waren durch Einladung – mit verkürzter Ladungsfrist - vom 12.07.2017 auf Donnerstag, den 20.7.2017 unter Mitteilung der Tagesordnung einberufen.

Zeit, Ort und Stunde sowie die Tagesordnung waren öffentlich bekanntgegeben.

Der Vorsitzende stellte bei Eröffnung der Sitzung fest, dass gegen die ordnungsmäßige Einberufung Einwendungen nicht erhoben wurden.

Die Stadtvertretung war - nach Zahl der erschienenen Mitglieder - beschlussfähig.

Tagesordnung:

1. Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Anträge zur Tagesordnung
3. Beschluss über die Nichtöffentlichkeit von Tagesordnungspunkten
4. Fragen der Einwohnerinnen und Einwohner
5. Bericht
- 5.1 des Bürgervorstehers
- 5.2 des Bürgermeisters
6. Genehmigung der Niederschrift über die 21. Sitzung
7. Bekanntgabe von Beschlüssen aus dem nicht öffentlichen Teil der letzten Sitzung
8. Jugendaktionszentrum; Weitere Vorgehensweise
9. Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe; Übertragung einer Entscheidungsbefugnis auf den Bau- und Umweltausschuss (Ortskernentwicklungskonzept)
10. Fragestunde der Stadtvertreterinnen und Stadtvertreter
11. Verschiedenes

Nicht öffentlich:

12. Jugendaktionszentrum; Weitere Vorgehensweise
13. Verschiedenes

Nach Verlesung der Tagesordnung wurden folgende Einwendungen erhoben bzw. Ergänzungen und Dringlichkeitsanträge eingebracht:

siehe TOP 2.

Die Verhandlungen fanden in öffentlicher Sitzung statt.

Zu den Tagesordnungspunkten ---- war die Öffentlichkeit ausgeschlossen.

1. Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Bürgervorsteher Klaus begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einberufung und Beschlussfähigkeit fest.

2. Anträge zur Tagesordnung

Bürgervorsteher Klaus beantragt die Aufnahme folgender zusätzlicher Tagesordnungspunkte:

TOP 10 neu: Namensänderung „Beirat soziale Stadt“

TOP 11 neu: Beschluss überplanmäßiger Ausgabe zur Sanierung des Rathauses“

Die übrigen Punkte verschieben sich entsprechend.

Bürgervorsteher Klaus teilt mit, dass – sofern im öffentlichen Teil der Sitzung zu TOP 8 „Jugendaktionszentrum; weitere Vorgehensweise“ Einigung vorliegt – die in der Tagesordnung vorgesehene nicht öffentliche Sitzung mit den bisherigen Tagesordnungspunkten 12 und 13 entfallen wird.

- 17 dafür, 1 dagegen –

3. Beschluss über die Nichtöffentlichkeit von Tagesordnungspunkten

Mit dem Hinweis auf die Ausführungen unter TOP 2 teilt Bürgervorsteher Klaus mit, dass ggf. später, soweit erforderlich, ein Beschluss über die Nichtöffentlichkeit gefasst wird.

4. Fragen der Einwohnerinnen und Einwohner

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

5. Bericht

5.1 des Bürgervorstehers

Bürgervorsteher Klaus berichtet über die Teilnahme an weiteren Ehrentagen und Jubiläen und hebt insbesondere die Teilnahme an der Verabschiedung der Schülerinnen und Schüler der Gemeinschaftsschule zusammen mit dem Bürgermeister hervor sowie die Verabschiedung von Herrn Ipsen als bisherigen Leiter des Förderzentrums.

5.2 des Bürgermeisters

Bürgermeister Sohn gibt die Vorbemerkungen zur Notwendigkeit der Durchführung dieser Sitzung ab.

6. Genehmigung der Niederschrift über die 21. Sitzung

Die Niederschrift über die 21. Sitzung vom 5.7.2017 wird genehmigt.

- 18 dafür -

7. Bekanntgabe von Beschlüssen aus dem nicht öffentlichen Teil der letzten Sitzung

Bürgervorsteher Klaus gibt die Beschlüsse der Stadtvertretung zum Abschluss eines städtebaulichen Vertrages, zum Erwerb eines Grundstückes sowie zur Ablehnung eines Antrages auf Erlass einer streitgegenständlichen Beitragsforderung aus Billigkeitsgründen bekannt.

8. Jugendaktionszentrum; Weitere Vorgehensweise

Bürgervorsteher Klaus teilt mit, dass die Thematik nochmals zur Beratung und Beschlussfassung in den Sozialausschuss verwiesen wurde. Hier erfolgte eine umfassende Aussprache. Im Ergebnis wurde der Beschluss aus der vorhergegangenen Sitzung bestätigt. Der Beschluss umfasste die Aufhebung der Ausschreibung aus wirtschaftlichen Gründen und die Entscheidung, den Betrieb des „JAZ“ in Eigenregie künftig vorzunehmen.

Herr Panitzki fragt nach erfolgter Sachdarstellung, ob noch Inhalte aus dem Teil B der Vorlage änderbar sind. Bürgervorsteher Klaus bejaht dieses. Bürgermeister Sohn ergänzt anhand eines Beispiels (z. B. Sonntagsregelung), dass die inhaltlichen Darstellungen nicht bindend sind.

Sodann wird folgender Beschluss gefasst:

Die Stadtvertretung beschließt, die Ausschreibung zur Trägerschaft des „JAZ“ (Jugendhaus) zum 01.01.2018 aus wirtschaftlichen Gründen aufzuheben und die Durchführung zum Betrieb des „JAZ“ in Eigenregie vorzunehmen, so wie in der Sachdarstellung Teil B dargestellt.

- 17 dafür, 1 Enthaltung –

9. Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe; Übertragung einer Entscheidungsbefugnis auf den Bau- und Umweltausschuss (Ortskernentwicklungskonzept)

Hierzu ist eine Vorlage zugegangen, die durch Bürgermeister Sohn erläutert wird. Insbesondere geht er auf das Verwaltungsverfahren und die zu tätigen Aufwendungen mit möglicher Förderquote ein.

Nach kurzer Aussprache zum Inhalt eines Ortskernentwicklungskonzeptes ergeht einstimmig folgender Beschluss:

Die Stadtvertretung überträgt die Entscheidungsbefugnis einer außerplanmäßigen Ausgabe (ca. 15.000,-- €) in Bezug auf die Vergabe/Beauftragung eines Ortskernentwicklungskonzeptes auf den Bau- und Umweltausschuss.

- 18 dafür -

10. Namensänderung „Beirat soziale Stadt“

Anhand der Tischvorlage führt Bürgervorsteher Klaus in die Sachdarstellung ein und beleuchtet den Hintergrund der begehrten Namensänderung und den Bezug zum Städtebauförderungsprogramm. Nach Benennung weiterer Hintergründe durch Herrn Zoglauer erfolgt zu dem Begehren eine Aussprache zu den Kernthemen Satzung, Aufgabenbereich, künftige Verstetigung und Außenwirkung.

Mit dem Hinweis auf die kurzfristig ergangene Tischvorlage beantragt Herr Hansen die Zurückstellung der Thematik bis zur nächsten Sitzung der Stadtvertretung.

- 14 dafür, 4 dagegen –

Dem Antrag auf Zurückstellung wird somit gefolgt.

11. Beschluss überplanmäßiger Ausgabe zur Sanierung des Rathauses

Bürgermeister Sohn trägt den Inhalt der Tischvorlage vor. Nach Auswertung der Ausschreibung muss festgestellt werden, dass erhebliche Preissteigerungen bei den Gewerken feststellbar sind. Durch das Ausschreibungsergebnis besteht für die Stadt ein Fehlbetrag in Höhe von ca. 100.000,-- €. Die Gesamtbaukosten betragen nunmehr ca. 927.900,-- € (Mehrkosten in Höhe von ca. 286.400,-- €).

Im Hinblick auf die Kostenbeteiligung und Förderung ist ein weiterer Antrag beim Land zu stellen. Die beabsichtigte Sanierung kann nur durchgeführt werden, wenn das Land entsprechend zustimmt.

Es ergeht eine Aussprache, in der Bürgermeister Sohn auf Nachfrage die derzeitige haushaltliche Situation erläutert.

Abschließend ergeht folgender Beschluss:

Der durch das Ausschreibungsergebnis entstandene Fehlbetrag in Form des Eigenanteils der Stadt (1/3) in Höhe von rund 100.000,-- € wird zur Kenntnis genommen.

Der Bürgermeister der Stadt Lütjenburg wird ermächtigt, die Aufträge zur Sanierung zu erteilen. Der zusätzliche Betrag in Höhe von 100.000,-- € wird überplanmäßig im Haushalt bereitgestellt. Die Zustimmung erfolgt vorbehaltlich der Zustimmung zum Mehrkostenantrag durch das Innenministerium.

- 16 dafür, 2 Enthaltungen –

12. Fragestunde der Stadtvertreterinnen und Stadtvertreter

- Herr Giesche verweist auf die „Parade der Taxis“ im südlichen Bereich des Marktplatzes mit den durch das Abstellen der Fahrzeuge verbundenen Behinderungen.

Bürgermeister Sohn teilt mit, er werde die Situation verkehrsrechtlich durch das Ordnungsamt in Verbindung mit der Überwachung des ruhenden Verkehrs prüfen lassen; ggf. werden dann die Unternehmen schriftlich benachrichtigt.

13. Verschiedenes

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Protokollführer: